

**Protokoll über die 44. Sitzung des Kreisausschusses
am 31. Mai 2021**

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 16:20 Uhr

Anwesende: Landrat, Herr Zanker
Jonas Urbach, CDU-Fraktion
Annette Lehmann, CDU-Fraktion
Jürgen Gött, SPD-Fraktion, i.V. für Andreas Henning
Iven Görbig, AfD-Fraktion
Karl-Josef Montag, Fraktion FW-UH
Jörg Kubitzki, Faktion DIE LINKE

Verwaltung: Cindy Engelhardt-Schütze, FBL 1

Schriftführer: Andrea Junker, Kreistagsbüro

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 3 Bestätigung der Tagesordnung
- 4 Genehmigung des Protokolls der 40. Sitzung des Kreisausschusses vom 19. April 2021
- 5 Genehmigung des Protokolls der 41. Sitzung des Kreisausschusses vom 03. Mai 2021
- 6 Vorbereitung der Kreistagssitzung am 21. Juni 2021
- 7 Beschränkte Ausschreibung Nr. 075-2021-UHK-SV: Staatliche Grundschule Katharinenberg - Dachsanierung
- 8 Beschränkte Ausschreibung Nr. 044-2021-UHK_Los 4: Umsetzung Brandschutz Staatliche Gemeinschaftsschule Menteroda - Elektroinstallation
- 9 Gewährung von Zuwendungen aus Mitteln des Landesprogramms "Solidarisches Zusammenleben der Generationen"
- 10 Sonstiges

Zum TOP 01 – Eröffnung und Begrüßung

Der Landrat begrüßte die anwesenden Kreisausschussmitglieder.

Zum TOP 02 – Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Landrat stellte mit sieben anwesenden Kreisausschussmitgliedern die Beschlussfähigkeit fest.

Zum TOP 03 – Bestätigung der Tagesordnung

Der Landrat beantragte die Aufnahme eines neuen Tagesordnungspunktes 10 im öffentlichen Teil im Rahmen der Dringlichkeit:

- Erheben von Widersprüchen gegen Gebührenbescheide zur Straßenoberflächenentwässerung an Kreisstraßen

Der Abwasserzweckverband „Mittlere Unstrut“ Bad Langensalza habe dem Landratsamt Unstrut-Hainich-Kreis als Baulastträger der Kreisstraßen Reinigungs- und Entsorgungsgebühren in Rechnung gestellt. Die 10 betreffenden Bescheide gingen im Landratsamt am 07. Mai 2021 ein.

Nach § 70 ThürVwVfG kann ein Widerspruch innerhalb eines Monats nach dem Bekanntwerden des Bescheides erhoben werden. Die Frist ende für diese Bescheide somit am 07. Juni 2021.

Über das Einlegen von Widersprüchen habe gemäß § 28 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Kreistages der Kreisausschuss zu entscheiden.

Die nächste Sitzung des Kreisausschusses – innerhalb der Widerspruchsfrist – sei heute. Um nicht noch eine zusätzliche Kreisausschuss-Sitzung durchzuführen und um rechtzeitig die Widerspruchserhebungen zu veranlassen, wird daher um Aufnahme des Tagesordnungspunktes im Rahmen der Dringlichkeit gebeten.

Es gab keine Wortmeldungen.

Die Mitglieder des Kreisausschusses bestätigten einstimmig mit sieben Ja-Stimmen die Aufnahme eines neuen TOP 10 im öffentlichen Teil „Erheben von Widersprüchen gegen Gebührenbescheide zur Straßenoberflächenentwässerung an Kreisstraßen“.

Die Mitglieder des Kreisausschusses bestätigten einstimmig mit sieben Ja-Stimmen die geänderte Tagesordnung.

Zum TOP 04

Mit der Drucksache-Nr.: KA/372/2021 lag die Verwaltungsvorlage – Genehmigung des Protokolls der 40. Sitzung des Kreisausschusses vom 19. April 2021 – vor.

Es gab keine Wortmeldungen. Der Landrat rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Das Protokoll der 40. Sitzung des Kreisausschusses des Unstrut-Hainich-Kreises vom 19. April 2021 wird genehmigt.“

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 6 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: 391-44/21**.

Zum TOP 05

Mit der Drucksache-Nr.: KA/373/2021 lag die Verwaltungsvorlage – Genehmigung des Protokolls der 41. Sitzung des Kreisausschusses vom 03. Mai 2021 – vor.

Es gab keine Wortmeldungen. Der Landrat rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Das Protokoll der 41. Sitzung des Kreisausschusses des Unstrut-Hainich-Kreises vom 03. Mai 2021 wird genehmigt.“

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 6 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: 392-44/21**.

Zum TOP 06 – Vorbereitung der Kreistagssitzung am 21. Juni 2021

Der Landrat verwies auf die vorgeschlagene Tagesordnung der Kreistagssitzung am 21. Juni 2021 und erläuterte die einzelnen Tagesordnungspunkte.

Auf Nachfrage von Frau Lehmann bestätigte der Landrat, dass es sich beim TOP 29 – VMT Verbunderweiterung Nordthüringen – um eine Verwaltungsvorlage handele.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Die Mitglieder des Kreisausschusses bestätigten einstimmig die vorgeschlagene Tagesordnung der Kreistagssitzung am 21. Juni 2021.

Zum TOP 07

Mit der Drucksache-Nr.: KA/386/2021 lag die Verwaltungsvorlage – Beschränkte Ausschreibung Nr. 075-2021-UHK-SV: Staatliche Grundschule Katharinenberg – Dachsanierung – vor.

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage.

Herr Montag merkte an, dass man vor einigen Jahren Dächer an private Investoren zur Anbringung von Photovoltaikanlagen vergeben habe. Sei die Grundschule Katharinenberg davon betroffen? Wenn ja, sei die Dachsanierung nun komplizierter. Wie sei die Kostenverteilung geregelt?

Der Landrat antwortete, dass er glaube, dass man keine Dachflächen an private Investoren vergeben habe. Es habe nur eine Analyse gegeben und dann habe man einige wenige Dächer selbst mit Photovoltaik ausgestattet. Er werde dies aber nochmals prüfen lassen. Hier im vorliegenden Fall spiele es jedoch keine Rolle.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Der Landrat rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Im Ergebnis der Beschränkten Ausschreibung Nr. 075-2021-UHK-SV: Staatliche Grundschule Katharinenberg – Dachsanierung gemäß § 3 VOB/A i.V.m. ThürVgG und ThürVVöA wird der Auftrag an den Bieter Dachbau Riese, Bahnhofstraße 54, 99976 Südeichsfeld OT Lengelfeld unterm Stein mit einer Auftragssumme brutto i.H.v. 114.368,40 € erteilt.“

Der Beschluss wurde einstimmig mit 7 Ja-Stimmen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: 393-44/21**.

Zum TOP 08

Mit der Drucksache-Nr.: KA/387/2021 lag die Verwaltungsvorlage – Beschränkte Ausschreibung Nr. 044-2021-UHK_Los 4: Umsetzung Brandschutz Staatliche Gemeinschaftsschule Menteroda – Elektroinstallation – vor.

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage.

Frau Rebenschütz merkte an, dass die Vergabesumme über dem Schätzwert liege. Gebe es Grenzwerte, ab wann eine Entscheidung nicht mehr vergeben werde?

Der Landrat antwortete, dass dies im Rahmen der Abwägung erfolge.

Auf Nachfrage von Herrn Görbig bestätigte der Landrat, dass die Wartungskosten für vier Jahre seien.

Es gab keine Wortmeldungen. Der Landrat rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Im Ergebnis der Beschränkten Ausschreibung Nr. 044-2021-UHK_Los 4: Umsetzung Brandschutz Staatliche Gemeinschaftsschule Menteroda – Elektroinstallation außen gemäß § 3 VOB/A i.V.m. ThürVgG und ThürVVöA wird der Auftrag an den Bieter Elektro Mülverstedt, Holzthalebener Straße 15, 99996 Menteroda mit einer Auftragssumme brutto i.H.v. 382.887,84 € zzgl. 25.989,60 € Wartungskosten erteilt.“

Der Beschluss wurde einstimmig mit 7 Ja-Stimmen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: 394-44/21**.

Zum TOP 09

Mit der Drucksache-Nr.: KA/376/2021 lag die Verwaltungsvorlage – Gewährung von Zuwendungen aus Mitteln des Landesprogramms „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ – vor.

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage.

Herr Görbig wollte wissen, ob man über jede Maßnahme einzeln abstimmen könne?

Der Landrat antwortete, dass dies beantragt werden müsse.

Herr Görbig entgegnete, dass er nicht alle Maßnahmen gut finde.

Der Landrat gab bekannt, dass alle Maßnahmen genau geprüft worden seien und der Inhalt dem Ziel des Förderprogrammes entspreche.

Frau Lehmann merkte an, dass aus der Begründung zu den Mikroprojekten nicht hervor gehe, ob die finanziellen Mittel für dieses Jahr ausgeschöpft seien.

Der Landrat verneinte. Es seien noch finanzielle Mittel da. Anträge können noch gestellt werden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Der Landrat rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

- 1) „Der Kreisausschuss beschließt, die in der Anlage aufgeführten 25 Mikroprojekte aus Mitteln des Landesprogramms Familie/Solidarisches Zusammenleben der Generationen (LSZ) in der Gesamthöhe von bis zu 100.681,63 EUR – unter dem Vorbehalt der Verfügbarkeit der Haushaltsmittel - zu fördern. Die Förderung der einzelnen Projekte erfolgt in der jeweils ausgewiesenen Zuwendungshöhe (Spalte 10 der Anlage) als Anteils-, Festbetrags- oder Vollfinanzierung an den zuwendungsfähigen Gesamtausgaben der Projekte (Spalte 11 der Anlage).

- 2) Die Ausgaben zur Gewährung der Zuwendungen werden unter den Haushaltsstellen
- a) 4008.7120 - Zuweisungen/Zuschüsse an Gemeinden und GV in Höhe von 19.819,25 EUR sowie
 - b) 4008.7180 - Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke – übrige Bereiche in Höhe von 80.862,38 EUR

bewirtschaftet. Die Einnahmen aus Mitteln des Landesprogramms LSZ werden unter der Haushaltsstelle 4008.1710 - Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke – Land in Höhe von 100.681,63 EUR verwaltet.“

Der Beschluss wurde mehrheitlich mit 6 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: 395-44/21**.

Zum TOP 10

Mit der Drucksache-Nr.: KA/396/2021 lag die Verwaltungsvorlage – Erheben von Widersprüchen gegen Gebührenbescheide zur Straßenoberflächenentwässerung an Kreisstraßen – vor.

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage.

Herr Montag wollte wissen, über welchen Betrag man hier rede?

Der Landrat antwortete, dass man die Antwort ins Protokoll aufnehmen werde.

- *Antwort zum Protokoll:
Die Gesamtforderungen für alle Gebührenbescheide zur Straßenoberflächenentwässerung aus dem Jahr 2020, zu welchen jetzt Widersprüche eingelegt wurden bzw. gerade werden, betragen 7.462,40 EUR. Dies wäre auch der Streitwert im Verfahren.*

Auf die Frage des Herrn Montag, welche Kommunalaufsicht die Satzung genehmigt habe, antwortete der Landrat, die des Unstrut-Hainich-Kreises.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Der Landrat rief zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf.

Der Beschlusstext lautet:

„Der Landrat wird beauftragt, gegen die zehn ergangenen Gebührenbescheide des Abwasserzweckverbandes „Mittlere Unstrut“ über Reinigungs- und Entsorgungsgebühren der Straßeneinläufe im Zuge der Kreisstraßen für das 2. Halbjahr 2020 vom 06.05.2021 Widerspruch einzulegen.“

Der Beschluss wurde einstimmig mit 7 Ja-Stimmen angenommen und erhält die **Beschluss-Nr.: 396-44/21**.

Zum TOP 11 – Sonstiges

Der Landrat informierte über den aktuellen Stand der Inanspruchnahme des Kassenkredites per 28.05.2021:

- Inanspruchnahme Kassenkredit 0,00 €

Bei der Kreis- und Schulumlage gebe es keine Rückstände.

Der Landrat führte zum Thema Unstrutradweg wie folgt aus:

Laut Kreistagsbeschluss vom 24. Juni 2021 sollte der Austritt aus dem „Unstrutradweg e.V.“ abhängig von dem Verhalten (Beitritt / Nichtbeitritt) der anliegenden Städte und Gemeinden gemacht werden. Nachdem die Gemeinden Unstruttal, die Landgemeinde Unstrut-Hainich als auch die Stadt Mühlhausen ihren Beitritt erklärt haben bzw. noch erklären wollen, werde der Landkreis nicht aus dem Verein austreten. Die notwendigen finanziellen Mittel für das Haushaltsjahr 2021 seien freigegeben und für den Haushalt 2022 eingeplant.

Bedauerlich sei, dass sowohl die Gemeinden Anrode, Großvargula und Herbsleben diesen Weg nicht gegangen seien.

Die Beantwortung der Anfrage der Frau Lehmann zu einer Gesamtübersicht zur Finanzierung der Baumaßnahme Barbaraheim (1. BA) wurde heute allen Kreis Ausschussmitgliedern übergeben. Diese sei jedoch schon wieder überholt, da man inzwischen die Fördermittel für die Grundschulen in Höhe von 1.008.740,00 EUR erhalten habe.

Diese Fördermittel finden sich als Deckung in der Finanzierung der Baumaßnahme Barbaraheim wieder. Nun erfolge eine Rückabwicklung.

Gefördert werden Baumaßnahmen und Ausstattungsinvestitionen mit dem Schwerpunkt Hortbetreuung. Unter anderem werde man die Grundschulen Margareten, Forstberg, Nikolai, Katharinenberg, Thamsbrück, Heyerode, Hufeland, Oberdorla, Großengottern und Schlotheim unterstützen.

Aufgrund verschiedener Anfragen zur Verteilung der CO²-Ampeln an Schulen, wolle er ausführen, dass diese vor ca. 1 ½ Wochen geliefert worden seien. Da es sich um elektrische Geräte handle, müssten diese erst geprüft werden. Bei über 900 Geräten dauere das ein paar Tage. Ab morgen beginne man mit der Belieferung der Schulen.

Herr Urbach fragte nach dem Atommüllendlagersuche. Nehmen Mitarbeiter der Verwaltung an den angebotenen Veranstaltungen teil.

Der Landrat bejahte dies. Das Verfahren werde aktiv von der Verwaltung begleitet. Man gehe jedoch davon aus, dass es nichts mit dem Unstrut-Hainich-Kreis zu tun haben werde.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Damit war die Sitzung des Kreisausschusses beendet.

Junker
Schriftführerin

bestätigt: Zanker
Landrat